

Aus der Redaktion

Liebe Mitglieder, FreundInnen und Partner,
wie schon im Vorjahr schaffen wir dieses Jahr nur drei Rundbriefe statt der gewohnten vier. Die Beratung von Frauen und Paaren, die wegen einer ungeplanten Schwangerschaft oder einer akuten Lebenskrise schnell Unterstützung benötigen, hat bei uns Priorität und lässt andere Aufgaben hinten anstehen. So wird es bei Vertretungen für KollegInnen, die dem Team in Krankheits- und Urlaubszeiten fehlen, oft eng, was sicher viele von Ihnen aus ihrem eigenen beruflichen Alltag kennen.

Wir informieren Sie in diesem Rundbrief über den aktuellen Stand zum Paragraph 219a, über den Versuch, eine schwangere Patientin aus der Mainzer Uniklinik abzuschicken, das Hilfsprojekt »Tante Barbara« in Berlin und blicken auf den Fachtag für (schwangere) geflüchtete Frauen zurück. Außerdem begrüßen wir eine neue Vorstandsfrau und einen neuen Sexualpädagogen.

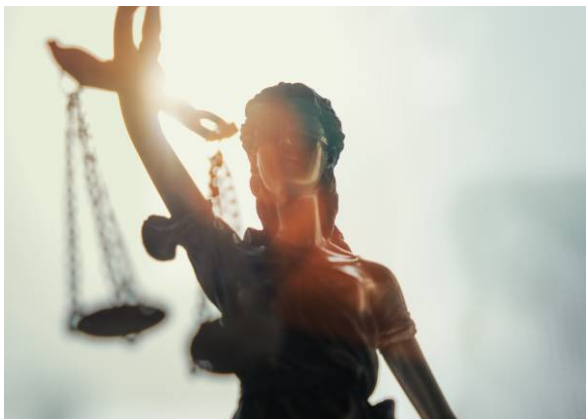
Wir danken Ihnen allen für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr, wünschen Ihnen schöne und erholsame Feiertage und ein glückliches, erfolgreiches und friedliches Jahr 2019!

Herzliche Grüße

J. Kugelad
Geschäftsführerin



Paragraf 219a: und es bewegt sich – nichts?



Vor einem Jahr wurde die Ärztin Kristina Hänel vom Amtsgericht Gießen zu 6.000 Euro Strafe verurteilt, weil sie auf ihrer Homepage über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen informiert hat. Nach Auffassung des Gerichts verstößt auch eine sachliche Information gegen das Werbeverbot, wie es im Paragraph 219a geregelt ist.

Seitdem wird in Deutschland diskutiert, ob der Paragraph und das darin ausgedrückte Frauenbild noch zeitgemäß sind, ob der Paragraph 219a verändert oder ganz abgeschafft werden sollte.

Es gibt Anträge der Fraktionen von FDP, Grünen und Linken auf Änderung oder Abschaffung des Paragraphen 219a, die mehrfach in Ausschüssen und im Bundestag diskutiert wurden – bisher ohne Ergebnis. Die SPD beruft sich darauf, dass in den Koalitionsverhandlungen vereinbart wurde, einen Kompromiss zu finden. Da die CDU/CSU aber nichts verändert möchte, stellt sich die Frage, wie das denn gehen könnte.

Inzwischen sind weitere Ärztinnen angezeigt worden, weil sie Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Leistung auf ihrer Homepage auflisten. Im Berufungsverfahren von Kristina Hänel im Oktober dieses Jahres wurde das Urteil des Amtsgerichts bestätigt, obwohl der Richter Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Werbeverbots äußerte. Indirekt forderte er eine politische Entscheidung, denn die Gerichte seien „in solchen Dingen überfordert“. Zu Kristina Hänel sagte er: „Sie müssen das Urteil tragen wie einen Ehrentitel in einem Kampf für ein besseres Gesetz.“ (Zeit online 12.10.18)

Der Paragraph 219a verbietet zum einen, dass jemand in grob anstößiger Weise über das Angebot des Schwangerschaftsabbruchs informiert. Diese Art der Werbung ist für medizinische Leistungen sowieso untersagt. Daneben beinhaltet der Paragraph jedoch auch den Fall, dass jemand zum eigenen Vermögensvorteil informiert. Hierzu zählen nach bisheriger Rechtsauffassung auch die ganz normalen Honorare des ärztlichen Abrechnungssystems. Als Reaktion darauf haben dritte Stellen wie die Gesundheitsbehörden einiger Länder, die selbst keine Einnahmen durch Schwangerschaftsabbrüche haben, Listen von ÄrztInnen erstellt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

So lange der Paragraph 219a in seiner jetzigen Form gilt, riskieren ÄrztInnen auf solchen Listen jedoch, von Abtreibungsgegnern angezeigt oder angegriffen zu werden. Die Listen, die bereits bestehen, sind daher entsprechend unvollständig. Frauen, die sich in der Notlage einer ungewollten Schwangerschaft befinden, sind somit weiterhin darauf angewiesen, dass die Schwangerenberatungsstellen Adressen recherchieren, pflegen und weitergeben.

Sabine Riese, Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, Psychotherapeutin und Delegierte der Hessischen Landesärztekammer, würde den Paragraphen persönlich am liebsten streichen: „*Mindestens aber müsste so reformiert werden, dass Frauen uneingeschränkten Zugang zu Informationen bekommen und dass Ärztinnen und Ärzte öffentlich*

sagen dürfen, was sie tun. Niemand führt gerne eine Abtreibung durch. Die Politik muss aber dafür sorgen, dass Ärzte Frauen in einer Notlage helfen können, ohne dafür kriminalisiert oder in die Schmutzlecke gestellt zu werden.“ (Allgemeine Zeitung 24.11.18)

Ein Argument der GegnerInnen der Abschaffung des Paragraphen 219a ist, dass dies zu Werbung für Schwangerschaftsabbrüche ähnlich wie für andere medizinische Dienstleistungen führen könnte. Als Beispiele werden Anzeigen oder Werbetafeln für Schönheitsoperationen oder Zahnarztbehandlungen im Ausland genannt. Ein Schwangerschaftsabbruch ist jedoch mit solchen Behandlungen nicht zu vergleichen. Er ist das letzte Mittel in einer psychosozialen Notlage, nach sorgfältiger Abwägung aller möglichen Konsequenzen einer ungeplanten Schwangerschaft. Jede schwangere Frau beschäftigt sich mit dem werdenden Leben in ihr und daher ist der Abbruch ihrer Schwangerschaft kein Eingriff, den eine Frau sich freiwillig leistet, um jünger und schöner auszusehen. Auch die Verdienstmöglichkeiten sind nicht so, dass das Angebot aus rein kommerziellen Gründen attraktiv wäre.

Der zweiten Gruppe der Gegner einer Änderung oder Abschaffung geht es um Grundsätzliches. Sie argumentieren mit dem Schutz des ungeborenen Lebens, obwohl dies in den Paragraphen 218 ff geregelt ist. Für diese Gegner ist jedoch jeder noch so kleine Schritt, der es Frauen erleichtern würde, eigenständig Informationen über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu bekommen und ÄrztInnen dafür zu finden, ein Schritt zu viel in Richtung Selbstbestimmung von Frauen über ihre Schwangerschaften. Dies sagen sie jedoch meist nicht offen, sondern halten den „mühsam errungenen Kompromiss“ der jetzigen Regelung und vor allem den Schutz des ungeborenen Lebens hoch, den sie in jedem Fall höher bewerten als die Entscheidungsmöglichkeit geborener Mädchen und Frauen über ihre Lebensbedingungen.

Mehrere SPD-Abgeordnete wollen sich für eine freie – also nicht fraktionsgebundene – Abstimmung im Bundestag einsetzen, wenn die Regierung nicht bis Ende November einen Vorschlag zur Gesetzesänderung macht. Das wäre jetzt.

Für die Ärztinnen, die bereits angezeigt wurden, für ungewollt schwangere Frauen und für ÄrztInnen, die Frauen im Fall eines Schwangerschaftsabbruchs begleiten möchten, wäre es erstrebenswert, wenn sie nicht mehr lange auf eine Lösung warten müssten; wenn diese also nicht erst dann gefunden wird, wenn weitere juristische Instanzen die Politik dazu auffordern.

Quellen: Zeit online 12.10.18, Allgemeine Zeitung 24.11.18



Abschiebung einer schwangeren Iranerin

Der pro familia Ortsverband Mainz unterstützt mit elf weiteren Organisationen diesen offenen Brief:

Nacht und Nebel Aktion:

Abschiebeversuch aus Mainzer Uniklinik mitten in der Nacht

Am 17.10.2018 wurde eine schwangere Iranerin mit insulinpflichtigem Diabetes von zehn bis zwölf Polizist*innen aus der gynäkologischen Station der Mainzer Uniklinik abgeholt. Sie war dort wegen ihres entgleisten Diabetes in der Frühschwangerschaft stationär aufgenommen worden. Kurz vor Mitternacht tauchten die Polizist*innen vor ihrem Bett auf, um sie zum Flughafen Hannover zu bringen mit dem Ziel einer Abschiebung nach Kroatien. Zusammen mit ihr sollten ihr Ehemann, der in Ingelheim in Abschiebehaft war, und ihr einjähriger Sohn Deutschland verlassen.

Die Schwangerschaft einer Diabetikerin ist per se eine Risikoschwangerschaft. Darüber hinaus stellt eine Schwangerschaft im Allgemeinen einen besonders schützenswerten Zustand dar. Es ist die Aufgabe der Politik und der Gesundheitsdienstleister*innen einer Frau einen gesunden Schwangerschaftsverlauf zu ermöglichen. Bei Abweichungen, wie einem Diabetes, muss eine entsprechende Therapie eingeleitet werden. Dies muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Frau geschehen.

Die beschriebenen Umstände dieser Abschiebungsmaßnahme haben den physischen und psychischen Gesundheitszustand der werdenden Mutter und ihres Ungeborenen erheblich gefährdet.

Wir sind empört, dass es zu einer solchen überfallartigen Szene durch Uniformierte in einem Krankenhaus kam, das doch ein Ort der Hilfe für kranke Menschen ist, an dem sie sich sicher fühlen sollten. Ein solch massives Auftreten ist völlig unverhältnismäßig gegenüber einer im Krankbett liegenden Frau. Wir verurteilen dieses Verhalten der Beamt*innen sowie deren Vorgesetzten aufs

Schärfste und fordern eine Erklärung für ein derart unmenschliches Verhalten.

Menschen gegen ihren Willen aus einem Krankenhaus abzuholen, um sie abzuschleppen, setzt sich zudem in eklatanter Weise darüber hinweg, dass die Krankenhausärzt*innen einen stationären Aufenthalt für erforderlich hielten. Inzwischen ist uns bekannt, dass der Abschiebeversuch misslang, der Ehemann ist weiterhin inhaftiert. Die Abschiebung der Familie ist nur verschoben.

Eine nächtliche Abschiebung aus einem Krankenhaus – in dieser Weise veranlasst durch die Ausländerbehörde Mainz Bingen – ist ein Tabubruch, der sich nicht wiederholen darf.

Soweit der offene Brief unterzeichnet vom AK Asyl Flüchtlingsrat RLP, Armut und Gesundheit in Deutschland, Flüchtlingsrat Mainz, Frauennotruf Mainz, Frauen Notruf Rhein-Hunsrück-Kreis, Hebammen-Landesverband Rheinland-Pfalz, Initiativ-ausschuss für Migrationspolitik, Medinetz Koblenz, Medinetz Mainz, profamilia Ortsverband Mainz, Save me – Mainz sagt ja, Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

Die 29-jährige Kurdin aus dem Iran war wegen entgleistem Diabetes stationär aufgenommen worden. Die Polizeibeamten holten sie nachts in Slippers und nur notdürftig bekleidet aus der Klinik. Am Nachmittag hatte man ihren gerade einjährigen Sohn von einer Freundin abgeholt, ohne die Mutter zu informieren. Zusammen mit ihrem Kind und ihrem Mann, der in Abschiebehaft war, wurden sie in getrennten Fahrzeugen zum Flughafen Hannover gefahren.

In Hannover war der Widerstand von Frau G. so heftig, dass der Pilot die Mitnahme der Familie verweigerte. Frau G. wurde dann an den Bahnhof gebracht, um mit ihrem Sohn in das Erstaufnahmelager in Ingelheim zurückzufahren. Das Geld, das sie für die Fahrkarte bekommen hatte, reichte nicht. Ein Bahnbeamter gab der völlig erschöpften Frau die fehlenden fünf Euro und ein anderer versorgte sie mit etwas Proviant. Ihr Mann wurde von der Polizei wieder ins Abschiebegefängnis Ingelheim gebracht.

In einer Pressekonferenz am 5. November 2018 rechtfertigte Bernd Mißkampff, Leiter der Ausländerbehörde Mainz-Bingen, das Vorgehen seines Amtes und der Polizei. Die zuständige Landrätin, Dorothea Schäfer, räumte hingegen interne Fehler ein. Damit meint sie vor allen Dingen die Kommunikation in der Kreisverwaltung. Sie sagte auch, dass es vielleicht besser gewesen wäre, die schwangere Frau mit dem Taxi zurück nach Ingelheim zu befördern, anstatt sie und ihr Kind in Hannover am Bahnhof abzusetzen.

Christa Blum, die sich als Ärztin bei Medinetz Mainz engagiert, weiß, warum sich die Iranerin so heftig gegen die Abschiebung nach Kroatien wehr-

te. Dort war sie mit ihrem Mann und ihrem Kind nach dem Passieren der Grenze 23 Tage inhaftiert worden. Auf ihren Krankheitszustand sei keine Rücksicht genommen worden.

Diese Geschichte der kurdischen Familie und ihrer Flucht zeigt das Drama der sogenannten Dublinabschiebungen. Die Geflüchteten werden in das europäische Land zurückgeschickt, in dem sie zuerst und oft unwissend, was sie da unterschreiben, einen Asylantrag gestellt haben. Dabei wird nicht berücksichtigt, ob und wie sie dort – besonders im Krankheitsfall – versorgt werden.

„Bei dem Schicksal der kurdischen Familie zeigt sich die ganze Unmenschlichkeit der sogenannten Dublin Abschiebungen, deren Motto ist: Abschiebung um jeden Preis“ Christa Blum.

Inzwischen wurde Frau G. in einem ärztlichen Gutachten bestätigt, dass sie nicht reisefähig ist. Ihr Mann wurde daraufhin aus der Abschiebehaft entlassen. Zuerst wurde als neuer Abschiebetermin der 6. Dezember 2018 festgelegt. Dann wurde die Familie jedoch vorher aus der Erstaufnahme in eine Kommune im Kreis Alzey-Worms »verteilt«, und die Abschiebung findet am 6. Dezember nicht statt. Aus medizinischer Sicht wäre es besser, wenn Frau G. wegen ihrer Schwangerschaft bei insulinpflichtigem Diabetes und dem Risiko einer Frühgeburt in der Nähe der Uniklinik Mainz mit einer Frühgeborenenabteilung wohnen könnte.

Quellen: Allgemeine Zeitung 6. – 13.11.2018; medinetz mainz



© AFP 2016

Tante Barbara hilft polnischen Frauen

In Deutschland führen immer weniger Ärztinnen und Ärzte Schwangerschaftsabbrüche durch. Ein Grund liegt darin, dass sie diese Tätigkeit für sich ablehnen. Als FachärztInnen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe möchten sie ihre Patientinnen bei Schwangerschaften und Geburten begleiten – nicht aber bei ungewollten Schwangerschaften. Manche ÄrztInnen können dies nicht mit ihrer Weltanschauung oder religiösen Überzeugung vereinbaren, die meisten gehen aber davon aus, dass es ein ausreichendes Angebot durch andere ÄrztInnen gibt. ÄrztInnen, die Schwangerschafts-

abbrüche durchführen, müssen außerdem damit rechnen, von fanatischen AbtreibungsgegnerInnen angezeigt und angegriffen zu werden, Probleme mit dem Vermieter ihrer Praxisräume zu bekommen und bei manchen KollegInnen deswegen nicht gut angesehen zu sein. Hinzu kommt, dass das Lernen von Schwangerschaftsabbrüchen kein verbindlicher Teil der Facharztausbildung ist.

Wie es ungewollt schwangeren Frauen in Deutschland auf der Suche nach Hilfe ergehen könnte, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, zeigt ein Blick über die Grenze nach Polen – auch wenn die Gesetzesgrundlage eine andere ist.



© Imago/Zuma Press 2018

Situation in Polen

Polen hat eines der strengsten Abtreibungsgesetze Europas. Nachdem die irische Bevölkerung in diesem Jahr für ein liberaleres Abtreibungsgesetz gestimmt hat, ist nur Malta noch restriktiver. Zu Zeiten des Sozialismus war der Zugang für Frauen in Polen zum Schwangerschaftsabbruch relativ einfach. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus gewann die katholische Kirche als Gegenleistung für ihre Rolle im Umbruch jedoch einen großen Einfluss auf die Politik.

Schwangerschaftsabbrüche sind in Polen seit 1993 grundsätzlich illegal und nur in drei Ausnahmefällen erlaubt: nach Vergewaltigungen, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist und wenn der Embryo schwere Missbildungen hat.

Der konservativen PiS-Regierung ist jedoch auch dieses Gesetz zu liberal. Wenn es nach Ministerpräsident Andrzej Duda ginge, dürften auch Frauen mit schwer missgebildeten, nicht überlebensfähigen Embryonen nicht mehr abtreiben. Er versucht seit Jahren, die bestehende gesetzliche Regelung noch weiter zu verschärfen, wogegen regelmäßig Zehntausende Polinnen und Polen schwarz gekleidet auf die Straße gehen.

Schon jetzt haben Frauen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen, Probleme, einen Arzt zu finden. In manchen Gegenden gibt es kein einziges Krankenhaus, das dazu bereit ist. Die Grundlage dafür schafft

eine Klausel im Abtreibungsgesetz, die es Ärzten erlaubt, legale Abbrüche aus Gewissensgründen zu verweigern. Vor zwei Jahren bestätigte außerdem das polnische Verfassungsgericht, dass kein Arzt verpflichtet ist, Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche herauszugeben.

Auf der anderen Seite gibt es die ÄrztInnen, die grundsätzlich Schwangerschaftsabbrüche durchführen würden, es aber aus Angst nicht tun. Zwar können Frauen selbst nicht für einen Abbruch bestraft werden, wohl aber alle, die ihnen dabei helfen. Sie müssen mit einer Gefängnisstrafe zwischen sechs Monaten und acht Jahren rechnen. Oft untersucht der nationale Gesundheitsdienst, ob der Schwangerschaftsabbruch legal war, also ob das Leben der Mutter wirklich bedroht oder das Kind tatsächlich nicht lebensfähig war.

Nach Angaben der Regierung haben im Jahr 2016 1.054 Polinnen eine Schwangerschaft abbrechen lassen. Die Föderation für Frauen und Familienplanung, eine feministische Nichtregierungsorganisation, aber schätzt, dass die tatsächliche Zahl zwischen 80.000 und 150.000 liegt. Die meisten Frauen, die in Polen ungewollt schwanger sind, lassen illegal abbrechen oder fahren in ein anderes Land, wenn sie es sich leisten können – zum Beispiel nach Deutschland.

ÄrztInnen in Polen nutzen die Gewissensklausel nicht nur, um Schwangerschaftsabbrüche zu verweigern, sondern auch, wenn es um Verhütungsmittel geht. „Es ist schwer geworden, an Verhütungsmittel oder die Pille danach zu kommen“, sagt Krystyna Kacpura von der Föderation für Frauen und Familienplanung. „Gleichzeitig gibt es keinen Sexualekundeunterricht an polnischen Schulen.“ Stattdessen steht „Erziehung zum Leben in der Familie“ auf dem Stundenplan, was Kacpura inhaltlich als „katholische Indoktrination“ bezeichnet (Zitty 14.06.18). Das wirksamste Mittel zur Prävention ungewollter Schwangerschaften ist jedoch eine altersangemessene Sexualpädagogik, die sich an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, an Ihren Interessen und Bedürfnissen orientiert und der einfache Zugang zu zuverlässigen Verhütungsmitteln.

Tante Barbara hilft seit 2015

Die Freiwilligen des Berliner Netzwerks »Tante Barbara« helfen polnischen Frauen, ungewollte Schwangerschaften in Berlin zu beenden. Sie vereinbaren Beratungstermine und vermitteln ihnen bei Bedarf eine private Unterkunft in Berlin.

Mit Tante Barbara können Frauen über die Facebook-Seite der Gruppe, per E-Mail oder per Handy Kontakt aufnehmen. Die Nummer steht im Internet, das Telefon ist rund um die Uhr besetzt. Die rund 15 Mitglieder von Tante Barbara teilen in Schichten ein, wer wann welchen der drei Dienste übernimmt. Länger als einen Tag muss keine

Schwangere auf eine Antwort warten. Ungefähr einmal am Tag klingelt das Netzwerk-Handy, etwa einmal pro Woche kommt es tatsächlich zu einem Schwangerschaftsabbruch, Tendenz steigend.

Die Frauen, die sich bei Tante Barbara melden, sind oft verzweifelt, manche regelrecht panisch. „Wir klären die ungewollt Schwangeren zuallererst mal über die rechtlichen Bedingungen in Deutschland auf“, berichtet eine Mitarbeiterin. Sie will aus Sicherheitsgründen anonym bleiben – denn das, was sie tut, gefällt nicht jedem.

Schwangerschaftsabbrüche müssen in Deutschland selbst bezahlt werden und kosten im Schnitt 400 Euro. Frauen mit deutschem Wohnsitz können einen Antrag auf Kostenübernahme stellen, wenn sie kein oder wenig Geld verdienen. Wenn Frauen aus Polen kein Geld für die Anreise oder den Schwangerschaftsabbruch haben, bringt Tante Barbara es auf.

Das Geld für die Schwangerschaftsabbrüche und Anfahrten sammelt Tante Barbara mit Spenden und Solidaritätspartys. Dabei gehen alle Einnahmen an die Hilfe suchenden Frauen. Die Mitglieder von Tante Barbara arbeiten ehrenamtlich neben ihren eigentlichen Jobs. Der Kontakt mit den Frauen und das Organisieren der Termine kostet Zeit. Die Mitglieder des Netzwerks bringen pro Woche etwa fünf bis zehn Stunden dafür auf. Dies bringt viele von ihnen an das Limit, was sie ehrenamtlich leisten können. Da für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch jedoch Fristen eingehalten werden müssen, können sie die Frauen, die sich an sie wenden, nicht auf später vertrösten, sondern müssen sofort aktiv werden. Die Unterstützung bei einer ungewollten Schwangerschaft lässt sich nicht aufschieben.

Im Netzwerk engagieren sich auch polnische Frauen, die in Deutschland leben. Sie sprechen mit den Frauen, beruhigen sie, begleiten sie bei allen Terminen und übersetzen. „Die Frauen möchten ihre eigene Sprache hören, wenn sie nach dem operativen Eingriff aufwachen“, sagt eine polnische Ehrenamtliche. Und dann wollen sie möglichst schnell wieder zurück nach Polen, damit niemand etwas merkt. Sehr oft kämen die Frauen alleine, nur ganz selten seien der Partner, FreundInnen oder Familienmitglieder dabei.

Weil sich aber immer mehr Frauen melden, reichen die Einnahmen aus Spenden nicht mehr und die Gruppe hat eine Crowdfunding-Aktion gestartet. Bislang sind knapp 15.000 Euro zusammengekommen, 20.000 Euro sollen es insgesamt werden. Damit könnte etwa 50 Frauen ein Schwangerschaftsabbruch bezahlt werden. Wer an Tante Barbara spenden möchte, kann das auf www.gofundme.com/tantebarbara tun.

Quellen: FR 10.10.18; Zitty 14.06.18

Fachtag: Geflüchtete (schwangere) Frauen in Mainz



Am 24. Oktober fand im Mainzer Rathaus die Netzwerkkonferenz »Geflüchtete (schwangere) Frauen in Mainz« statt. Es kamen 74 Hebammen, ÄrztInnen, Fachkräfte und Ehrenamtliche aus Beratungsstellen, von Initiativen für Geflüchtete, von MigrantInnenorganisationen und von Ämtern und Behörden.

Der Fachtag wurde organisiert von Leonie Reichert, die das bundesweite Projekt »Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen« bei der profamilia Mainz koordiniert und Anna Schick vom Projekt »Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen« beim profamilia Landesverband Rheinland-Pfalz.

Die Netzwerkkonferenz hatte zwei Ziele: Beispiele für das Empowerment geflüchteter Frauen aufzuzeigen und die haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte interdisziplinär weiter zu vernetzen.



Staatssekretärin Christine Rohleder vom Ministerium für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz begrüßte die TeilnehmerInnen im Namen von Ministerin Anne Spiegel, die die Schirmherrschaft übernommen hatte.

Im ersten Vortrag stellte Ekin Polat das Empowermentprojekt MUT bei DaMigra (Dachverband der Migrantinnenorganisationen) in Frankfurt vor. Danach schilderte die Hebamme Michaela Michelschuldt, die in der Ambulanz ohne Grenzen von Armut und Gesundheit arbeitet, die Situation schwangerer, geflüchteter Frauen in Mainz.

In einem Open Space lud die Moderatorin Yinka Kehinde die TeilnehmerInnen ein, zu verschiedenen Themen zu diskutieren.



Nachmittags fanden vier parallele Workshops, zu Sprachbarrieren und Dolmetschen, zur Bedeutung von Empowerment, zu Zugangsmöglichkeiten zu geflüchteten Frauen und zum effektiven Arbeiten in Netzwerken statt.

Die Grafikerin Franziska Ruffair hat interessante Diskussionspunkte mit Graphic Recording festgehalten.



In den Rückmeldungen lobten die TeilnehmerInnen die Auswahl der Themen („*Informative, anschauliche Vorträge, praktisch,*“) und ReferentInnen („*Tolle Auswahl der Referentinnen, sehr passende Besetzung!*“) sowie die Vielfalt der Methoden. Sie schätzten die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung untereinander („*Kennenlernen weiterer Akteurinnen zur Vernetzung; Gesichter zu Namen; kurzer Dienstweg ermöglicht: Netzwerken*“). Die Rückmeldungen waren ganz überwiegend positiv („*Ich nehme viel mit in mein Arbeitsleben*“). Das Projekt »Fachdialognetz für geflüchtete, schwangere Frauen« endet in Mainz im April 2019. Die darin erstellte bundesweite Datenbank über Adressen von ExpertInnen, Angebote und eine umfangreiche Mediathek zur Arbeit mit schwangeren, geflüchteten Frauen wird aber weiter bestehen: www.fachdialognetz.de.

Neu im Vorstand



Interview mit Karin Wöhl, Marketingfachfrau und Redakteurin beim Familienmagazin kuckuck!

? Du bist bei der letzten Wahl im Oktober 2018 in den Vorstand der pro familia

gewählt worden. Wie kam es dazu, dass Du Dich für dieses Ehrenamt interessiert hast?

Nach meiner über 15-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit in der Elternarbeit, habe ich eine neue ehrenamtliche Tätigkeit gesucht, in der ich mich für die Belange und Rechte von Frauen aber auch Kindern und Jugendlichen einsetzen kann. Eine gute Freundin, die für pro familia im Vorstand tätig ist, hat mir von den Projekten und Zielen dort erzählt. Das hat mich neugierig gemacht und so habe ich mich für eine Hospitation entschieden. Die Projekte mit MigrantInnen und Geflüchteten sowie Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen waren für mich ein wichtiger Grund, mich für eine Tätigkeit im Vorstand der pro familia zu interessieren.

? Welche Bereiche der pro familia sind heute besonders wichtig und welche Themen werden Deiner Meinung nach in Zukunft an Bedeutung gewinnen?

Die präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen finde ich sehr wichtig, um von klein auf ein offenes Verständnis für die eigene sexuelle Identität zu schaffen und fundiert und altersgerecht aufzuklären. Familien, Kindertagesstätten und Schulen können dies nicht immer alleine leisten. In einer Gesellschaft die im Schnitt immer älter wird glaube ich, dass das Thema Sexualität und Partnerschaft im Alter zukünftig an Bedeutung gewinnen wird.

? Du arbeitest beim Familienmagazin kuckuck! Wo siehst Du Berührungspunkte Deiner Arbeit dort mit der pro familia?

Als redaktionelle Mitarbeiterin suche ich oft nach den Themen, die Familien interessieren könnten. Immer dabei in den Ausgaben des kuckuck! sind die Schwerpunktthemen Schwangerschaft und Geburt und Erziehung und Bildung. Besonders spannend finde ich dabei wie das Beziehungsgeflecht zum einen innerhalb der Familien aber auch die Verbindung und Einflüsse zu den sie umgebenden Rahmenbedingungen und Anforderungen ist. Diese Themen finde ich auch in den Angeboten von pro familia wieder. Daher sehe ich die Möglichkeit meine beruflichen Erfahrungen sowohl mit den genannten Inhalten als auch im Bereich Recherche, Themenaufbereitung und Publikation

für meine Tätigkeit im Vorstand bei profa familia zu nutzen.

? Hast Du Bedenken, dass Dir die Vorstandstätigkeit zusätzlich zu Deiner Tätigkeit für den Kuckuck! und anderen Interessen auch manchmal zu viel werden könnte?

Die ehrenamtliche Vorstandstätigkeit lässt sich gut mit meiner Berufstätigkeit und sonstigen Interessen vereinbaren. Dies konnte ich in der einjährigen Hospitation erproben.

? Was schätzt Du an der Arbeit der profa familia Mainz?

Meine Hospitation im Vorstand von profa familia begann in der Zeit der Ausgründung des medizinischen Bereichs. Da dies unter anderem durch die veränderte politische Landschaft in Rheinland-Pfalz begründet war, wurde mir bewusst, welche wichtige gesellschaftliche Aufgabe profa familia erfüllt, um über Themen zu Sexualität, reproduktiver Selbstbestimmung, Aufklärung und Beziehung offen und möglichst ohne Tabuisierung zu informieren und zu beraten. Bei den Beschäftigten der profa familia schätze ich sehr, mit welchem Engagement sie dort arbeiten, um der Nachfrage gerecht zu werden.

? Was wünschst Du Dir für die Zukunft der profa familia?

Für die Zukunft der profa familia wünsche ich mir eine unterstützende Einstellung aus Politik und Gesellschaft und eine gute finanzielle Ausstattung, damit Beraterinnen und Berater sowie alle dort Tätigen eine gute Basis für ihre wichtige Arbeit haben. Die Nachfrage zeigt wie groß der Bedarf ist.

Interview: Gisela Hilgefort

Bewegung bei den Jungs



Im August hat der Erziehungswissenschaftler Patrick Pfennig die profa familia Mainz für einen neuen Job verlassen. Nach nur anderthalb Jahren im Sexualpädagogikteam hat er das Angebot bekommen, die stellvertretende Leitung einer Kita zu übernehmen. Patrick hatte bereits vor

seinem Studium als Erzieher in einer Kita gearbeitet. So konnte er den Bereich der frühkindlichen Sexualerziehung, für den es seit einigen Jahren eine ständig steigende Nachfrage gibt, sehr kompetent mit weiter entwickeln.

Wir danken Patrick für seine Mitarbeit im Team – besonders auch für sein Engagement, um junge, geflüchtete Männer dabei zu unterstützen, sich in

der deutschen Gesellschaft zurecht zu finden, ihre Rechte und die anderer kennen und respektieren zu lernen und mit ihnen ohne Tabus über Sexualität, Liebe und Beziehungen zu diskutieren. Wir wünschen Patrick viel Erfolg für seine neue Tätigkeit und all seine Pläne!

Es ist für die profa familia bundesweit immer wieder eine Herausforderung, engagierte Pädagogen für die sexualpädagogische Arbeit mit Jungen und jungen Männern zu gewinnen. Dies liegt daran, dass sehr viel mehr Frauen als Männer Pädagogik studieren und die wenigen Männer sich eher in der Medien- oder Erlebnispädagogik sehen. Hinzu kommt, dass Sexualität in der Pädagogik kein Thema ist – wie in vielen anderen Studiengängen auch. Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten Stellen bei der profa familia Teilzeitstellen sind. Da eine berufliche Weiterentwicklung mit Übernahme anderer Arbeitsfelder und mehr Verantwortung innerhalb der profa familia selten möglich ist, wechseln so viele Sexualpädagogen früher oder später auf Vollzeitstellen mit besseren Verdienstmöglichkeiten.



Umso mehr freuen wir uns auf unseren neuen Kollegen in der Sexualpädagogik: Benedikt Geyer, Sozialarbeiter und -pädagoge, 32, aus Mainz. Benedikt wird im Januar bei uns beginnen und sich im nächsten Rundbrief ausführlicher vorstellen.

Rundbrief bestellen und abbestellen:

Wir hoffen sehr, dass Sie sich über unsere Nachrichten freuen. Sollte dies nicht so sein, nehmen wir Ihre E-Mail-Adresse selbstverständlich aus unserem Verteiler.

Wenn Sie den Rundbrief weitergeleitet bekommen haben, nehmen wir Sie auch gerne direkt in den Verteiler auf.

Für beides melden Sie sich bitte kurz unter: mainz@profamilia.de oder 06131-2876614



★ Wir wünschen allen frohe ★ Weihnachten und ein glückliches und friedliches 2019!